

Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik

Bericht 2018

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund	3
Definition von antimuslimischem Rassismus	6
Entwicklung der vergangenen Jahre	7
Jahr 2018: Antimuslimischer Rassismus hält Einzug in die Bundesregierung	10
Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2018	12
Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen	41

Hintergrund

Dieser Bericht widmet sich dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik. Er beleuchtet antimuslimische Handlungen und Agitation von maßgeblichen politischen Akteurinnen und Akteuren in Österreich. Ziel des Berichtes ist eine Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das gefährliche antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus.

Der Bericht umfasst das Jahr 2018 und fokussiert auf eindeutige Fälle von antimuslimischem Rassismus sowie auf Fälle mit einer deutlich erkennbaren antimuslimisch-rassistischen Tendenz. Nicht behandelt werden in diesem Bericht umstrittene und verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen, die von der Politik als Kampf gegen Fundamentalismus, Geschlechterungleichbehandlung und Geschlechtertrennung kommuniziert werden, die in den vergangenen Jahren aber nahezu ausschließlich auf eine einzige Religion und ihre Angehörigen fokussiert wurden. Kritisiert wird dieser einseitige Fokus etwa vom Politikwissenschaftler Anton Pelinka. Pelinka spricht von einer „Bedrohung der demokratischen Ordnung“ durch einseitige Diskurse und einseitige staatliche Maßnahmen, durch die „eine, nur eine, der staatlich anerkannten Konfessionen herausgegriffen und negativ punziert wird“.¹ Weiters nicht behandelt werden in diesem Bericht antimuslimisch-rassistische Handlungen und Übergriffe im Alltag. Diese werden sowohl im „Rassismus Report“ der Antirassismusstelle ZARA² als auch im Bericht der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“³ erfasst.

Die politische Agitation gegen Musliminnen und Muslime hat in den vergangenen Jahren in Österreich deutlich zugenommen. Das Schüren von Hass, Neid und Missgunst gegen Menschen alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit ist kein politisches Randphänomen mehr, sondern in das Zentrum der Politik gerückt. Immer öfter beteiligen sich Personen, die mit hohen politischen Funktionen und viel politischer Macht ausgestattet sind, an der Aufhetzung gegen Musliminnen und Muslime. Zentrale Akteurin des offenen antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik ist die Freiheitliche Partei Österreichs.

Die FPÖ betreibt seit einiger Zeit eine systematische antimuslimisch-rassistische Kampagne, die darauf abzielt, Ressentiments gegen die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime aufzubauen und zu verstärken. Die FPÖ-Kampagne versucht antimuslimische Stereotype – sprich: wiederkehrende antimuslimisch aufgeladene Bilder – in den Köpfen der Menschen zu verankern und die nichtmuslimische Bevölkerung gegen Musliminnen und Muslime aufzuhetzen.

Hauptakteure dieser Kampagne sind Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, der EU-Abgeordnete und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky und der oberösterreichische Vizelandeshauptmann und FPÖ-Obmann Manfred

¹ Kommentar von Prof. Anton Pelinka in „Die Zeit“ am 2. Dezember 2018:

<https://www.zeit.de/2018/49/kopftuchverbot-oesterreich-religionsfreiheit-demokratie/komplettansicht>

² ZARA Rassismus Report 2017: https://www.zara.or.at/wp/wp-content/uploads/2018/03/ZARA_Rassismus_Report2017_web_fin.pdf

³ Antimuslimischer Rassismus Report 2017 der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“

<https://www.dokustelle.at/app/download/8521295/Antimuslimischer+Rassismus+Report+2017.pdf>

Haimbuchner. Gemeinsam mit FPÖ-Einrichtungen, FPÖ-nahen Organisationen und weiteren FPÖ-Funktionärinnen und -Funktionären verbreiten sie über verschiedene Kommunikationskanäle die Inhalte und Bilder ihrer antimuslimisch-rassistischen Kampagne.

Antimuslimischer Rassismus ist eine Gefahr für die Demokratie, weil er die Gesellschaft spaltet, Menschen ausgrenzt, das Zusammenleben torpediert und radikale Gegenbewegungen befeuert. Die antimuslimische Agitation droht immer neue Eskalationsstufen zu erklimmen. Inzwischen wird von der Wiener FPÖ offen die religionsbezogene Diskriminierung von Menschen beim Zugang zum Gemeindebau gefordert. Eine solche Forderung von Parteien, die mit politischer Macht ausgestattet sind, hat es seit Ende der Naziherrschaft nicht mehr gegeben.

Dass das Schüren und Vertreten von antimuslimischem Rassismus mit einer gelebten Demokratie unvereinbar ist, scheint auch der FPÖ-Parteiführung bewusst zu sein. Daher kommt es immer wieder zu Wortmeldungen, die im Widerspruch zueinander und zur antimuslimisch-rassistischen Kampagne der FPÖ stehen. So betonte etwa FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl am 10. Jänner 2018, dass „Muslime zu Österreich gehören“. Wenige Tage später sagte FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache am 13. Jänner 2018 auf dem FPÖ-Neujahrstreffen, dass „der Islam und seine Kultur nicht zu Österreich gehören und kein Teil Österreichs sind. Aber viele Muslime integrieren sich, leisten viel und sind Teil des Landes und wollen keine radikale Islamisierung.“ Am 22. März 2018 antwortete Strache auf die Frage, ob der Islam zu Österreich gehöre, mit „Nein“, zugleich betonte er jedoch, dass „Bürger mit islamischem Glauben heute Teil der Gesellschaft sind.“ Am 27. März 2018 sagte FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek im Interview mit der „Presse“: „Wir alle wissen, dass der Islam zu Österreich gehört.“ Noch einen Tag zuvor hatte FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus auf Facebook gepostet: „Der Islam gehört nicht zu Österreich.“ Am 13. November 2018 betonte FPÖ-Obmann Strache auf einer Veranstaltung, dass „wir die Religionsfreiheit respektieren.“ Das sei „ein ganz besonderer Grundsatz, der sich in unserem freiheitlichen Programm auch findet, dass wir selbstverständlich den Islam nicht mit dem Islamismus gleichsetzen oder mit dem politischen Islam gleichsetzen und nicht alle Muslime unter Generalverdacht stellen“, so Strache.

Die widersprüchlichen Wortmeldungen, die teilweise differenziertere Ansätze erkennen lassen, stehen im krassen Gegensatz zu der systematischen antimuslimisch-rassistischen Kampagne, die von der FPÖ-Bundespartei, einigen Länderorganisationen und gewichtigen Parteivertreterinnen und -vertretern betrieben wird.

Ermutigt wird die FPÖ in ihrer antimuslimisch-rassistischen Kampagne durch die Tatsache, dass es in Österreich bislang keine breite politische Ächtung von antimuslimischem Rassismus gibt. Während der Kampf gegen Antisemitismus vom Bundeskanzler und der Bundesregierung zurecht als wichtiges Thema kommuniziert wird, gibt es bislang kein Bekenntnis der Regierung zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Mitglieder der Bundesregierung sind, wie bereits erwähnt, sogar maßgebliche Akteurinnen und Akteure antimuslimischer Agitation – ohne dabei im Regelfall auf nennenswerten Widerspruch und Protest von Seiten anderer Regierungsmitglieder zu stoßen.

In einer funktionierenden Demokratie muss jedoch jeglichen Anfängen in Richtung Ausschluss und Diskriminierung von Menschen alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit entschlossen entgegengetreten werden.

Dieser Bericht richtet sich daher ganz besonders an die Bundesregierung sowie an die Landesregierungen und fordert sie zum klaren Bekenntnis und konsequenten Kampf gegen antimuslimischen Rassismus wie auch gegen andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung auf. Siehe dazu auch die Forderungen am Ende des Berichts.

Definition von antimuslimischem Rassismus

Rassismus ist eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs- und Gewaltideologie, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale – wie tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit – herabwürdigt, ihrer Sicherheit beraubt, Chancen zunichtemacht, Freiheiten einschränkt und im Extremfall in Vertreibung, Verfolgung und Mord mündet. Rassismus ist unvereinbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Antimuslimischer Rassismus steht für den Angriff auf Menschen alleine aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit. Antimuslimischer Rassismus raubt Menschen ihre Individualität und beurteilt sie nicht nach ihrem konkreten Handeln, sondern nach pauschalen Vorurteilen. Antimuslimischer Rassismus stempelt Menschen ab, macht sie zum Ziel von Hasskampagnen, bedroht sie und bildet die Grundlage für Diskriminierung und Übergriffe.

In der Politik umfasst antimuslimischer Rassismus das antimuslimisch-rassistische Handeln und die antimuslimisch-rassistische Agitation von politischen Akteurinnen und Akteuren, seien es Personen, die politische Funktionen in Parteien und/oder politische Ämter innehaben, oder Organisationen, die eine politische Agenda verfolgen.

Antimuslimischer Rassismus umfasst nicht die kritische Auseinandersetzung mit Religion und auch nicht die faktenbasierte kritische Auseinandersetzung mit individuellen Handlungen von Personen oder Organisationen, sondern er umfasst den kollektiven und undifferenzierten Angriff auf Menschen alleine aufgrund einer Vorurteils- und Hassideologie.

Im vorliegenden Bericht wird dann und nur dann von antimuslimischem Rassismus gesprochen, wenn

- generalisierende Aussagen über Musliminnen und Muslime getätigt werden, die diese pauschal herabwürdigen bzw. negativ abstempeln
- eine Bebilderung bzw. Bildsprache zur Anwendung kommt, die Musliminnen und Muslime herabwürdigt und/oder pauschal negativ abstempelt
- das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen in Österreich per se als etwas pauschal Negatives dargestellt wird
- Musliminnen und Muslime in entmenschlicher Weise dargestellt werden
- Musliminnen und Muslime ohne sachlichen Zusammenhang in negativen Kontexten abgebildet werden
- Probleme oder negativ wahrgenommene Themen und Phänomene ohne sachliche Begründung alleine auf Musliminnen und Muslime reduziert und damit antimuslimisch aufgeladen werden
- kollektiv entrechtende und diskriminierende Forderungen gegen Musliminnen und Muslime erhoben werden
- Musliminnen und Muslimen die Möglichkeit, vollwertige Bürgerinnen und Bürger Österreichs zu sein, abgesprochen wird
- eine strikte und unauflöslche kollektive Trennlinie zwischen „den Österreichern“ und „den Muslimen“ gezogen wird

Entwicklung der vergangenen Jahre

Antimuslimischer Rassismus ist bereits seit einigen Jahren – mit zunehmender Intensität – in der österreichischen Politik verankert. Trat er anfangs vorwiegend in Wahlkampfzeiten auf, so ist inzwischen bei Teilen der Politik eine permanente antimuslimisch-rassistische Kampagne zu bemerken.

Zu erwähnen sind beispielsweise die Aussagen des oberösterreichischen FPÖ-Obmanns Manfred Haimbuchner, der am 15. März 2015 einen „Stopp des Zuzugs“ von Musliminnen und Muslimen forderte:⁴

*„Wer aber Teil unserer Gesellschaft werden will, ist willkommen.
Außer den Muslimen, für deren Zuzug es einen Stopp geben soll.“*
Manfred Haimbuchner im „Kurier“

In der Steiermark suggerierte 2015 eine Kampagne der FPÖ, dass „die Steirer“ und „der Islam“ zwei vollkommen getrennte Sachen seien, „die Steirer“ also keine Musliminnen und Muslime sein können (und Musliminnen und Muslime keine Steirer sein können):



Während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016 versuchte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die Bevölkerung gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln, indem er sagte: „Kennt ihr einen Moslem, der im Pflegebereich arbeitet, der bereit ist, unseren Senioren vielleicht die Windeln zu wechseln? Ich kenne das nicht“. Daraufhin erklärte der Sprecher der Caritas, Klaus Schwertner: „Allein bei der Caritas Wien sind 130 muslimische Pfleger und Pflegerinnen beschäftigt.“⁵

FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache verwendet seit fast zehn Jahren in Wahlkämpfen immer wieder denselben Satz in unterschiedlichen Varianten, um gegen Musliminnen (und Muslime) aufzuwiegeln: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“⁶ Auch im März 2017 versuchte er mit diesem Satz eine Menschenmenge zum Kochen zu bringen, dieses Mal auf einer Veranstaltung der AfD in Deutschland.⁷

Im Juni 2017 beschwerte sich der oberösterreichische FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner über an Musliminnen und Muslime gerichtete Ramadan-Wünsche des

⁴ Siehe: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/manfred-haimbuchner-der-islam-bedroht-unsere-gesellschaft/119.450.446>

⁵ Siehe: <https://kurier.at/einfache-sprache/norbert-hofer-kennt-keine-muslimischen-pfleger/231.333.227>


⁶ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=BlvhRhr9Bds>

⁷ Siehe: <https://orf.at/v2/stories/2381529>

damaligen Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz. Haimbuchner sprach in diesem Zusammenhang von „Anbiederung an die Muslime“:⁸



Manfred Haimbuchner

Diese Seite gefällt mir · 25. Juni · 

ÖVP-Chef Sebastian Kurz beglückwünscht die Muslime zum Ende des Ramadan – Christi Himmelfahrt war ihm egal. Wie die Anbiederung an die Muslime mit seiner Forderung nach Schließung der islamischen Kindergärten zusammenpasst, ist mir ein Rätsel.

Im August 2017 bezeichnet der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus die Stadtregierung als „Verräter“, weil in Wien „soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie verliehen werden“ (was laut Statistik Austria falsch ist, Anm.⁹) und weil diese Staatsbürgerschaften „vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren“ (Personen mit Staatsbürgerschaften aus diesen drei Ländern machten im Jahr 2017 knapp über 29 Prozent der österreichischen Staatsbürgerschaftsverleihungen aus) verliehen werden. Damit würde „die Islamisierung“ gefördert und „unsere Identität bewusst zerstört werden“, so Gudenus.¹⁰



Johann Gudenus  verärgert.

21 Std. · 

Die SPÖ verleiht in Wien soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie.
Vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren.
Die SPÖ fördert damit die Islamisierung unserer Heimatstadt.
Ein gezielter Bevölkerungs- und Wähleraustausch! Eine bewusste Zerstörung unserer Identität.
Nicht mit uns!
Der 15.10. bietet die Gelegenheit für eine saftige Denkmittelwahl gegen rot-grünen Verräter!!!

Im Sommer und Herbst 2017 wurde die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von verschiedenen niederösterreichischen FPÖ-Politikern (darunter auch dem jetzigen

⁸ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1504194109641260/?type=3&theater>

⁹ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html

¹⁰ Siehe: https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?_tn_=-R

Landesrat Gottfried Waldhäusl¹¹ und FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer¹²) in Presseaussendungen als „Moslem-Mama“ bezeichnet:



Im November 2017 warnte die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vor einem Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Österreich. Sie postete dazu ein Bild mit einem Mädchen mit Kopftuch und einem Buben mit Kopfbedeckung:¹³



¹¹ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170915_OTS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein

¹² Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten

¹³ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/984608975013705/?type=3&theater>

Jahr 2018: Antimuslimischer Rassismus hält Einzug in die Bundesregierung

Am 18. Dezember 2017 wurde die von ÖVP und FPÖ gebildete aktuelle Bundesregierung angelobt. Diese Angelobung hatte zur Folge, dass einige der bis dahin aktiven Hauptakteure des antimuslimischen Rassismus in Österreich mit Regierungsmacht und Regierungsmänteln ausgestattet wurden. Es stellte sich die Frage, ob diese Akteure weiterhin antimuslimisch-rassistische Handlungen setzen oder sich nun mäßigen würden.

Dieser Bericht zeigt, dass das Jahr 2018 keine Mäßigung gebracht hat. Im Gegenteil, die antimuslimisch-rassistische Kampagne der FPÖ wurde weitergeführt und teilweise sogar intensiviert. Die Eskalation der Kampagne ging so weit, dass von hochrangigen FPÖ-Vertretern die Einbürgerung von Musliminnen und Muslimen skandalisiert wurde und namhafte Vertreter der Wiener FPÖ den Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau forderten. Siehe dazu die Chronologie weiter unten.

Folgende Formen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik sind in diesem Bericht erfasst:

- Diskriminierende Forderungen gegen Musliminnen und Muslime: etwa die bereits erwähnte Forderung der FPÖ Wien nach Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau.
- Absprechen des Status als vollwertige Bürgerinnen und Bürger: etwa, indem Kritik daran geübt wird, dass die österreichische Staatsbürgerschaft auch an Musliminnen und Muslime verliehen wird.
- Negatives Abstempeln von muslimischen Namen: etwa, wenn das Vorkommen bzw. die Häufigkeit des Namen „Muhammed“ als „besorgniserregend“ bezeichnet und mit „Islamisierung“ gleichgesetzt wird.
- Treffen von undifferenzierten und generalisierenden Negativaussagen über Musliminnen und Muslime: etwa die generalisierende Aussage, dass „muslimische Männer die Integration ihrer Frauen behindern“ oder die generalisierende Aussage, dass „muslimische Eltern Lehrpersonal mobben“.
- Durchführung von Religionszugehörigkeits-Zählungen, um die Bevölkerung zu spalten und gegen Musliminnen und Muslime aufzuwiegeln: etwa, wenn alleine das Vorhandensein von Musliminnen und Muslimen und/oder die Zunahme der Anzahl an Musliminnen und Muslimen ohne weitere Begründung per se als etwas Negatives, Gefährliches oder Skandalöses dargestellt wird.
- Abbildung von Musliminnen und Muslimen als düstere Gestalten mit teilweise verzerrten Gesichtern: etwa in einem Bild des Rings Freiheitlicher Jugend, auf dem im Vordergrund ein „österreichisches Traditionspaar“ zu sehen ist und im Hintergrund düstere „muslimische Gestalten“, die es zu „schlagen/besiegen“ gilt.
- Aufdrücken eines „muslimischen Stempels“ auf negativ besetzte Themen und Vorkommnisse: etwa die Bezeichnung von mit Plastik überzogenen Weihnachtsständen, die auf Missfallen stoßen, als „muslimische Zeltstadt“ oder die Bebilderung der Auszahlung von Familienbeihilfe an im Ausland lebende Kinder mit Frauen mit Kopftuch oder die Verknüpfung von Sozialbetrug mit Bildern von Frauen mit Kopftuch.

- Entmenschlichende Abbildung von Musliminnen und Muslimen: etwa in einem Video der FPÖ Niederösterreich, wo verhüllte Frauen entweder unscharf oder in Schwarz-Weiß-Bildern als namenlose und unhörbare Geschöpfe durch ein Haus laufen.
- Verwendung von Bildern von Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben, als stetig wiederkehrendes Motiv ohne sachlichen Zusammenhang: etwa, wenn zum Verbot der Lehre für Asylsuchende ein Bild mit zwei unscharf abgebildeten Frauen, die einen Niqab tragen, gepostet wird, obwohl zwischen den beiden Frauen und dem Thema Lehre keinerlei sachlicher Zusammenhang besteht.

Im Folgenden eine Chronologie antimuslimisch-rassistischer Vorfälle und Kampagnen in der österreichischen Politik im Jahr 2018. In dieser Chronologie erfasst sind ausschließlich Fälle, die Vertreterinnen und Vertreter sowie Organisationen der Spitzenpolitik betreffen und bei denen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar ist.

Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2018

5. und 6. Jänner

Im Internet kommt es Anfang Jänner zu einer Welle an Hassreaktionen auf das Wiener Neujahrsbaby, weil die Mutter des Kindes ein Kopftuch trägt und die Namen sowie das Aussehen der Familienmitglieder von einigen Menschen nicht als „typisch österreichisch“ klassifiziert werden.¹⁴ Kurz darauf startete der Generalsekretär der Wiener Caritas, Klaus Schwertner, einen „Flowerrain“ (Blumenregen) für die Familie.¹⁵ Dieser Solidaritätsaktion schloss sich Bundespräsident Alexander Van der Bellen an.¹⁶ Demgegenüber gab es keine Solidaritätsbekundungen für die Familie von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung.¹⁷ Im Gegenteil, in Medien, die der FPÖ nahe stehen, wurde die Welle an Hass gegen das Kind und seine Eltern mit „Sorge vor Überfremdung“ gerechtfertigt.¹⁸ Im Gefolge dieser Diskussion um das Neujahrsbaby in Wien startete die FPÖ eine Kampagne gegen Musliminnen und Muslime, die an die Häufigkeit des Namens „Muhammed“ anknüpfte. Den Startschuss zu dieser Kampagne machte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Er postet am 5. Jänner auf Facebook ein Bild, auf dem in dicken Lettern steht: „Muhammed ist dritthäufigster Vorname in Wien“. Vilimsky kommentiert das Foto mit folgenden Worten: „Besorgniserregend! In Brüssel und London ist Mohammed schon der beliebteste Vorname für neugeborene Buben. Wien ist auch am Weg dorthin. Das will ich nicht! Und auch keine weitere Islamisierung. Unsere unvergleichliche Wiener Kultur und Lebensart muss erhalten und wieder gefördert werden!“¹⁹

Muhammed ist dritthäufigster Vorname Wiens



Kurz nach FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky kritisiert auch Vizekanzler Heinz-Christian Strache auf Facebook den Namen „Muhammed“ und dessen Häufigkeit und setzt den Namen mit „Islamisierung“ gleich: „In Wien ist Muhammed bereits auf Platz 3 der beliebtesten Vornamen für männliche Neugeborene. Die Folgen einer verfehlten rot-schwarz-grünen

¹⁴ Siehe: <https://futurezone.at/netzpolitik/wiener-neujahrsbaby-mit-hasserfuellten-kommentaren-begruesst/304.688.856>

¹⁵ Siehe: <https://blog.zeit.de/teilchen/2018/01/05/neujahrsbaby-wien-oesterreich-hass-facebook/>

¹⁶ Siehe: <https://www.heute.at/digital/multimedia/story/Van-der-Bellen-hei-t-Neujahrsbaby-willkommen-57093077>

¹⁷ Siehe: <https://derstandard.at/2000071881901/Keine-Regierungs-Blumen-fuer-Neujahrsbaby-Asel>

¹⁸ Siehe: <https://www.wochenblick.at/van-der-bellen-verteidigt-tuerkisches-neujahrsbaby/>

¹⁹ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1532947133490895/?type=3&theater>

Zuwanderungspolitik vergangener Jahre werden immer deutlicher sichtbar. Gut, dass die neue Regierung gegen die weitere Islamisierung unserer Heimat vorgehen wird.“²⁰



Heinz-Christian Strache

5. Januar · 🌐

Abonnieren



In Wien ist Muhammed bereits auf Platz 3 der beliebtesten Vornamen für männliche Neugeborene. Die Folgen einer verfehlten rot-schwarz-grünen Zuwanderungspolitik vergangener Jahre werden immer deutlicher sichtbar. Gut, dass die neue Regierung gegen die weitere Islamisierung unserer Heimat vorgehen wird.



KRONE.AT

Wien: „Muhammed“ auf Platz 3 der Babynamen

„Krone“-Leser wissen es seit November, jetzt ist es offiziell bestätigt: Die...

👍👎👉 310

47 Kommentare 51 geteilte Inhalte

Einen Tag nach Vilimsky und Strache postet auch die offizielle Facebook-Seite der FPÖ ein Bild auf dem steht: „Muhammed auf Platz drei der Babynamen in Wien! Noch Fragen???“ Dazu der Posting-Text: „Die Folgen einer verfehlten rot-schwarz-grünen Zuwanderungspolitik vergangener Jahre werden immer sichtbarer...“²¹ Auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky postet das Bild und setzt den Namen Muhammed mit „Islamisierung“ und mit „Scharia, Koran und Burka“ gleich: „Die Islamisierung muss

²⁰ Siehe: https://www.facebook.com/strache/posts/10215300315120929?_tn=-R

²¹ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1003736586434277/?type=3&theater>

gestoppt werden. Scharia, Koran, Burka und Co sind kein Teil dieser Stadt und dürfen es auch nicht werden!“²²



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Kampagne der FPÖ-Parteiführung gegen einen Namen bzw. dessen Häufigkeit, nur weil es sich um einen muslimischen Namen handelt, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Ein männlicher Vorname, der in muslimischen Familien häufig vergeben wird, wird pauschal als „besorgniserregend“ bezeichnet. Es wird allein auf Grundlage dieses Namens Angst erzeugt. Menschen, die diesen Namen tragen, werden kollektiv als bedrohlich abgestempelt. Die negative Abstempelung von Menschen alleine aufgrund des Namens, den sie tragen, hat eine lange Tradition im Rassismus und insbesondere auch im Antisemitismus.

20. März

Die freiheitliche Frauensprecherin und Nationalratsangeordnete Carmen Schimaneck tätigt in einer Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs generalisierende negative Aussagen über muslimische Männer, denen sie kollektiv unterstellt, die Integration ihrer Frauen zu behindern. „Muslimische Männer behindern Integration ihrer Frauen!“, lautet der Titel ihrer Presseaussendung.²³ Schimaneck beruft sich dabei auf eine Mitarbeiterbefragung, des Arbeitsmarktservices Österreich (AMS). In dieser internen Befragung des AMS wurden allerdings keine generalisierenden Aussagen getroffen.²⁴

²² Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.548516735267278/1534439223341686/?type=3&theater>

²³ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180320_OTS0106/fpoe-schimaneck-muslimische-maenner-behindern-integration-ihrer-frauen

²⁴ Siehe: <https://www.facebook.com/johannes.kopf/posts/10215970098036335>

FPÖ-Schimanek: „Muslimische Männer behindern Integration ihrer Frauen!“

"Mitarbeiterbefragung des AMS bestätigt freiheitliche Warnungen"

Wien (OTS) - Als „erschreckend“ bezeichnet die freiheitliche Frauensprecherin NAbg. Carmen Schimanek die Ergebnisse des internen AMS-Revisionsberichts.

Mitarbeiterbefragungen ergaben, dass besonders die Vermittlung von Migrantinnen ein Problem darstelle. So könnten insbesondere muslimische Frauen und Mädchen so gut wie nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden, weil ihre Männer und Väter alle Entscheidungen treffen und sie keinen Kontakt zu anderen Männern haben dürfen. Für Schimanek kommt dies allerdings auch wenig überraschend: „Ich habe vor diesen Auswüchsen des patriarchalen Islam immer gewarnt. Hier existiert bereits eine Parallelgesellschaft.“

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Äußerung der freiheitlichen Frauensprecherin und Nationalratsangeordneten Carmen Schimanek weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Schimanek unterlässt es zu differenzieren. Stattdessen schürt sie pauschal Vorurteile gegen Muslime, indem sie muslimischen Männern kollektiv unterstellt, die Integration ihrer Frauen zu behindern. Darüber hinaus stempelt sie auch muslimische Mädchen und Frauen kollektiv ab, indem sie ihnen jegliche Selbstbestimmtheit abspricht und sagt, dass sie „so gut wie nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können“.

21. März

Der oberösterreichische FPÖ-Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner bezeichnet auf Facebook Musliminnen und Muslime generalisierend als „schwer vermittelbar“ und bringt sie kollektiv in Zusammenhang mit „Arbeitsverweigerung“. Er postet ein Bild mit einer AMS-Stelle im Hintergrund und einen jungen Mann mit Kapuze, der wie ein Krimineller einen schwarzen Balken über den Augen hat, im Vordergrund. Sein Postingtext lautet „Tschetschenen sind auffallend oft gewaltbereit, Muslime aus kulturellen und religiösen Gründen schwer vermittelbar. Braucht es drastische Konsequenzen für Arbeitsverweigerer?“²⁵

²⁵ Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1763296980397637/?type=3&theater>



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das Posting des oberösterreichischen FPÖ-Vizelandeshauptmanns Manfred Haimbuchner weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Haimbuchner bezeichnet Muslime (und Musliminnen) ohne jegliche Differenzierung als „aus kulturellen und religiösen Gründen schwer vermittelbar“ und bringt sie kollektiv mit „Arbeitsverweigerung“ in Verbindung. Das Posting von Haimbuchner wurde kurz nach einem internen Bericht des Arbeitsmarktservice (AMS) über „Probleme und Herausforderungen bei der Betreuung vom migrantischen Kundinnen und Kunden“ veröffentlicht. Der AMS-Bericht stellt jedoch, im Gegensatz zu Haimbuchner, keine generalisierenden Behauptungen auf, sondern schildert einzelne Problemfälle und Problemwahrnehmungen.²⁶ Demgegenüber stempelt Haimbuchner in seinem Posting Muslime (und Musliminnen) pauschal ab und schürt Vorurteile.

3. April

Die offizielle FPÖ-Parteiseite und die FPÖ Niederösterreich posten auf Facebook ein Bild auf dem zwei Personen zu sehen sind: ein stehender Mann mit Brille, Krawatte und Arbeitshelm und ein im Schneidersitz sitzender junger Bursche mit muslimisch-religiöser Bekleidung und einem Buch in der Hand. Der stehende Mann steht im Bild stellvertretend für „die Inländer“, bei denen es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10,5% gebe, der sitzende Bursche mit muslimisch-religiöser Bekleidung steht demgegenüber stellvertretend für „die Ausländer“, bei denen es einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um „nur“ 5,7% gebe. Dazu lautet der Posting-Text der FPÖ-Niederösterreich: „Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiter im Aufschwung. Besonders die Österreicher profitieren von der aktuellen Arbeitsmarktlage, denn bei ihnen ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit weitaus höher als bei Ausländern. Bei den arbeitslosen

²⁶ Siehe: <https://www.facebook.com/johannes.kopf/posts/10215970098036335>

Ausländern weisen etwa nur rund 63 Prozent maximal einen Pflichtschulabschluss auf und sind demnach viel schwieriger vermittelbar. Hier haben uns die Vorgängerregierungen wohl ein paar faule Eier gelegt... 😊^{27 28}



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Postings der FPÖ und der FPÖ-Niederösterreich weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Das Bild und der Text der Postings stehen stellvertretend für den Versuch der Spaltung der österreichischen Bevölkerung in Inländer und Ausländer. Darüber hinaus stehen Bild und Text durch die religiös-muslimisch anmutende Bekleidung des jungen „Ausländer“-Burschen auch für die antimuslimische Aufladung negativ besetzter Themen wie Arbeitslosigkeit. Muslime werden im geposteten Bild als „prototypische arbeitslose Ausländer“ abgestempelt und im Text mit den Worten „faule Eier“ belegt.

11. April

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus spaltet in einer Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs die Schülerschaft in „österreichische“ und „nichtösterreichische“ Kinder und spricht davon, dass „österreichische Kinder zu Schülern zweiter Klasse gemacht wurden“. Kinder muslimischer Eltern zählt Gudenus kollektiv nicht zu den „österreichischen“ Kindern, denn er wirft – als Teil seiner Abhandlung über die negativen Einflüsse der „Nichtösterreicher“ auf die „Österreicher“ – „muslimischen Eltern“ pauschal vor, sie würden „Lehrpersonal mobben“.²⁹

²⁷ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoenoe/photos/a.195507550620156/869141049923466/?type=3&theater>

²⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1053954141412521/?type=3&theater>

²⁹ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180411_OTS0027/fpoe-gudenus-unter-haeupl-wurden-oesterreicher-zu-schuelern-zweiter-klasse

FPÖ-Gudenus: „Unter Häupl wurden Österreicher zu Schülern zweiter Klasse“

„Es braucht in Wien endlich Fairness für die österreichischen Schülerinnen und Schüler“

Wien (OTS) - Für den geschäftsführenden FPÖ-Klubobmann NAbg. Mag. Johann Gudenus ist die Kritik vom abtretenden Bürgermeister Häupl und dem Bildungsstadtrat Czernhorsky an den von der Bundesregierung beschlossenen Deutschlernklassen eine reine Ablenkung vom eigenen bildungs- und integrationspolitischen Versagen der letzten Jahrzehnte. „Häupl hat in Wien die österreichischen Kinder zu Schülern zweiter Klasse gemacht. Durch die rot-grüne Willkommenspolitik sitzen mehr ausländische – viele ohne Deutschkenntnisse – als österreichische Kinder in Wiens Pflichtschulen. Muslimische Eltern mobben Lehrpersonal. Die österreichischen Schüler werden massiv unter Druck gesetzt. Das ist die Realität. Die sozialistische Wiener Bildungspolitik ist ein einziges Scheitern und Versagen“, kritisierte Gudenus.

Häupl und seiner SPÖ falle nichts anderes ein, als die Probleme ständig zu ignorieren und alles schönzureden. Währenddessen bleibe vielen österreichischen Eltern in Wien nichts anderes übrig, als ihre Kinder in teure Privatschulen zu schicken, um ihnen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. „Alle, die sich das nicht leisten können, müssen damit rechnen, dass ihre Kinder im Lernfortkommen behindert werden, weil viele ausländische Mitschüler kein Deutsch können und daher dem Unterricht nicht folgen können - dies wird die Bundesregierung mit den Deutschlernklassen endlich verhindern. Damit wird endlich Fairness für die österreichischen Schüler geschaffen“, so Gudenus, der auch geschäftsführender Landesparteiobmann der Wiener FPÖ ist.

Allgemein habe man in Wien den Eindruck, dass sich die rot-grüne Politik fast ausschließlich um Ausländer und deren Wohlbefinden drehe. „Wie es den Österreichern in Wien geht, ist ‚Willkommenklatscher‘ Häupl und seiner Stadtregierung schon seit langem ‚wurscht‘. Das zeigt nur, dass es auch in Wien dringend eine politische Veränderung jenseits von Rot und Grün braucht“, bekräftigte Gudenus.

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Äußerung von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Gudenus nimmt eine negative Generalisierung vor, indem er muslimischen Eltern ohne jegliche Differenzierung pauschal einen negativen Einfluss durch „Mobbing“ vorwirft. Darüber hinaus werden „österreichische Kinder“ und „Kinder mit muslimischen Eltern“ als voneinander getrennt dargestellt und Kindern muslimischer Eltern somit jegliches Österreichersein abgesprochen.

26. April

Die FPÖ empört sich auf ihrer offiziellen Facebook-Seite darüber, dass „in Wien mehr islamische als katholische Lehrer gesucht werden“. Dazu postet die FPÖ ein Bild mit einer Person, die einen Koran in der Hand hält und ein großes wütendes Emoticon. Der Text im Bild lautet: „Im rot-grünen Wien: Mehr islamische als katholische Lehrer gesucht!“³⁰ Dazu postet die FPÖ den Text: „Danke Rot-Grün. Weit haben wir es gebracht...“. Dem Posting der FPÖ war zwei Tage zuvor ein Artikel in der Kronenzeitung vorausgegangen, in dem davon die Rede war, dass bei aktuellen AHS-Stellenausschreibungen „die islamische Religion sogar die katholische überholt hat. Mehr als 280 Stunden in der Woche werden an Lehrer der islamischen Religion vergeben. Zum Vergleich: Nur 250 Stunden sind für katholische Religionslehrer ausgeschrieben“.³¹



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das Posting der FPÖ weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Das Posting bringt Wut darüber zum Ausdruck, dass bei einer aktuellen Stellenausschreibung für Lehrerinnen und Lehrer an Allgemein Höherbildenden Schulen mehr islamische als katholische Lehrkräfte gesucht werden. Begründung für die mit der Information verbundene Wut gibt es im Posting keine. „Islamische Lehrer“ werden (im Gegensatz zu „katholischen Lehrern“) pauschal als eine negative Erscheinung abgestempelt. Das Posting weist Ähnlichkeiten zu anderen FPÖ-Äußerungen auf, in denen ohne konkrete Begründung mit Zahlen von Musliminnen und Muslimen Bedrohungsbilder gezeichnet werden.

³⁰ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1065589996915602/?type=3&theater>

³¹ Siehe: <https://www.krone.at/1698083>

17. und 19. Mai

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus skandalisiert in einer Presseaussendung, auf der FPÖ-Wien-Webseite und auf Facebook die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime: „Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft“, lautet sowohl der Schriftzug auf dem von ihm geposteten Bild auf Facebook als auch der Titel seiner Presseaussendung. Das Bild auf Facebook zeigt verhüllte Frauen, die Niqab tragen. Dazu der (mit wütenden Gesichtern versehene) Text: „Die Wähler von morgen werden laufend eingebürgert... So läuft das in Wien!“³² Das Bild auf der FPÖ-Wien-Webseite zeigt Frauen mit Kopftuch von hinten.³³ In seiner Presseaussendung skandalisiert Gudenus darüber hinaus auch die seiner Ansicht nach zu häufige Verleihung von Staatsbürgerschaften in Wien an Afrikanerinnen und Afrikaner.³⁴ Zwei Tage nach Gudenus skandalisiert auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky auf Facebook die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime. Er postet das gleiche Bild und den gleichen Text wie sein Parteikollege Gudenus.³⁵



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

ROT-GRÜNE Willkommenskultur

Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft!

fpoe.at
f/fpoe

Johann Gudenus
Diese Seite gefällt mir · 17. Mai

Die Wähler von morgen werden laufend eingebürgert... So läuft das in Wien! 🤔🤔🤔

Mehr dazu: <https://www.fpoe.at/artikel/gudenus-wien-verleiht-hundertens-moslems-in-nur-drei-monaten-die-staatsbuergerschaft/>

1.422 319 Kommentare 1.063 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Relevanteste zuerst

Sandra Wieso kann ein Bundesland die Staatsbürgerschaft verleihen? Dachte immer, das ist von einem Ministerium bzw Staat zu machen? Es heißt ja auch STAATSBÜRGERSCHAFT ud nicht Bundeslandsbürgerschaft.
Gefällt mir · Antworten · 30 W · Beal · 124

17 Antworten

Sebastian Ich bin 1-2 mal im Jahr in Wien, also nicht täglich um vieles gar nicht mehr wahrzunehmen. Das einzige was mich in Wien noch an Österreich erinnert sind die historischen Gebäude.
Gefällt mir · Antworten · 30 W · 13

3 Antworten

Joachim Zeigen wir den Rot Grün die Rote Karte und mobilisieren bei der nächsten Wahl Wähler.
Gefällt mir · Antworten · 30 W · 69

Kommentieren ...

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Skandalisierung der Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime durch FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sind klare Fälle von antimuslimischem Rassismus.

³² Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.119589688094539/1775027029217455/?type=3&theater>

³³ Siehe: https://www.fpoe.at/artikel/gudenus-wien-verleiht-hundertens-moslems-in-nur-drei-monaten-die-staatsbuergerschaft/?fbclid=IwAR1MylKM3HFfa16RC5F1i19T7LTg4sN5QNuEnS6gbsumaybn_J_zOt_M1JGQ

³⁴ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180517_OTS0133/gudenus-wien-verleiht-hundertens-muslimen-in-nur-drei-monaten-die-staatsbuergerschaft

³⁵ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1666293430156264/?type=3&theater>

Gudenus und Vilimsky wiegeln gegen Musliminnen und Muslime auf und sprechen ihnen das Recht ab, vollwertige Bürgerinnen und Bürger in Österreich zu sein. Implizit fordern sie die Entrechtung von Musliminnen und Muslimen, indem keine Staatsbürgerschaften mehr an sie verliehen werden sollen. Darüber hinaus bedienen sich Gudenus und Vilimsky auf Facebook einer perfiden Methode, um die Staatsbürgerschaftsverleihung an Musliminnen und Muslime zu diskreditieren: Sie posten ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für die Musliminnen und Muslime in Österreich. Frauen, die ihr gesamtes Gesicht bedecken und nur die Augen frei lassen, waren bereits vor dem Gesichtsverhüllungsverbot eine verschwindend kleine Minderheit in Österreich.

16. Juni

Die FPÖ bewirbt auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild des Rings Freiheitlicher Jugend. Im Bild ist ein in Farbe gezeichnetes Paar in Tracht zu sehen. Im Hintergrund in grau gezeichnet sind dunkle, böse dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung zu sehen. Der Text auf dem Bild lautet „Tradition schlägt Migration“, darunter steht „Steiermark, berufen für das schöne, nicht für Asylantenströme“, daneben sind Schlagzeilen über die Zahl von Muslimen in Österreich abgebildet. Dazu der Posting-Text der FPÖ Partiseite: „Heimische Traditionen und unser Brauchtum gehören erhalten und müssen weitergegeben werden! Dafür setzt sich jetzt auch der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) Steiermark mit Ihrer neuen, tollen Kampagne ein! Eine Jugend, auf die man echt stolz sein kann.“³⁶

Täglich grüßt der „Einzelfall“!

Tradition schlägt Migration!

Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme!

Ring Freiheitlicher Jugend Steiermark

Wird Osterhase aus Kindergarten verbannt?

Streit um Nikolo-Verbot an Wiener Schule

Kindergarten in Linz erklärt den Nikolaus für tot

Massiver Anstieg Zahl der Muslime könnte sich bald verdreifachen

Mehr Muslime als Katholiken in den Wiener Pflichtschulen

Jeder vierte Volksschüler in Graz ist Moslem

Schülerin: „Allah mag Mädchen mit Kopftuch lieber“

FPÖ Diese Seite gefällt mir · 16. Juni ·

Heimische Traditionen und unser Brauchtum gehören erhalten und müssen weitergegeben werden! Dafür setzt sich jetzt auch der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) Steiermark mit Ihrer neuen, tollen Kampagne ein! Eine Jugend, auf die man echt stolz sein kann!

- Mehr Infos gibt es hier: <https://www.krone.at/1723956>

395 · 26 Kommentare · 60 Mal geteilt

Relevanteste zuerst

Alfred: schön traurig das wir um unsere traditionen kämpfen müssen

Harriethen: Migration schlägt Tradition müsste es heißen!

Christian: Der Moment, wenn man realisiert, dass der Blödsinn noch Jahre weitergeht ...

Johann: Panikmacher! Stellt euch gescheiter den Herausforderungen, wie sich hinter Phrasendrescherei zu verstecken!

Manfred: Um welche Traditionen

³⁶ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das von der FPÖ gepostete Bild des Rings Freiheitlicher Jugend kann als klarer Fall von antimuslimischem Rassismus klassifiziert werden. In dem Bild geht es um einen Kampf „Tradition“ gegen „Migration“. „Migration“ wird zum Feindbild gemacht und mit Musliminnen und Muslimen gleichgesetzt. Diese „muslimischen Migrantinnen und Migranten“ werden größtenteils durch düstere, böse dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung symbolisiert. Die in das Bild integrierte Auflistung von Meldungen über die Zahl von Muslimen, die „Verbannung des Osterhasen“, den „Streit um das Nikolo-Verbot“ und „Mädchen mit Kopftuch“ suggeriert, der (düstere) „Feind“, den es zu schlagen gelte, seien Musliminnen und Muslime.

22. Juni

Die FPÖ postet auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild zum Thema Zuwanderung. Auf dem Bild steht: „Europa wächst fast nur noch durch Zuwanderung! Auch in Österreich...“ Das Bild zeigt zehn Comic-Personen unterschiedlichen Alters, die alle Kopftuch oder eine Fes-artige Kopfbedeckung tragen.³⁷ Dazu der Begleittext: „Die Bevölkerungsveränderung zwischen 1990 und 2017 ist drastisch und zeigt wohl auch die völlig gescheiterte Zuwanderungspolitik der vergangenen Jahre. Es kann doch nicht sein, dass Migration in Europa mittlerweile der Hauptfaktor des Bevölkerungswachstums ist!“ FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus postet das gleiche Bild mit dem Satz „Auf so ein Wachstum kann ich verzichten. Denn mit so einer – größtenteils außereuropäischen – Zuwanderung sinkt leider das Niveau – in allen Bereichen!“³⁸ Auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky postet das Bild. Er kommentiert es mit dem Satz: „Es kann doch nicht sein, dass Migration in Europa mittlerweile der Hauptfaktor des Bevölkerungswachstums ist! Die Willkommenspolitik der vergangenen Jahre ist gescheitert.“³⁹

³⁷ Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1102438889897379/?type=3&theater>

³⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/1814286465291511/?type=3&theater>

³⁹ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1706589176126689/?type=3&theater>

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Europa wächst fast nur noch durch Zuwanderung!

Auch in Österreich...

fpoe.at
f/fpoe

FPÖ
Diese Seite gefällt mir · 22. Juni ·

Die Bevölkerungsveränderung zwischen den Jahren 1990 und 2017 ist drastisch und zeigt wohl auch die völlig gescheiterte Zuwanderungspolitik der vergangenen Jahre. Es kann doch nicht sein, dass Migration in Europa mittlerweile der Hauptfaktor des Bevölkerungswachstums ist!

Mehr dazu: <https://www.krone.at/1727535>

527 106 Kommentare 141 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Relevanteste zuerst

Elisabeth [Avatar] Unsere jungen Menschen wissen nur zu gut wie schwer es ist, Arbeit, Kindererziehung und eine Wohnung zu finanzieren. Diese UNSERE Menschen brauchen Unterstützung.
Gefällt mir · Antworten · 24 W · 6

Franz [Avatar] Und glaubt Ihr das hier ein einziger jemals in die Pensionkassa etwas einbezahlen wird wenn er alles umsonst bekommt um so mehr Kinder umso besser für den Clan da geht niemand arbeiten und Sie finden das auch gut so
Gefällt mir · Antworten · 24 W · 42

4 Antworten

William [Avatar] Ich bin Einheimischer und bekomme nicht mal einen Kindergartenplatz für mein Kind 😞 Auf Nachfrage; zu wenig Plätze für Einheimische Kinder haha stellt sich nur noch die Frage weshalb? Ich würde gern wieder arbeiten gehen, kann aber nicht weil ich alleinerziehend bin und keine Tagesbetreuung für das Kind bekomme.
Gefällt mir · Antworten · 24 W · 21

Kommentieren ...

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Postings der FPÖ, von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Zuwanderung nach Österreich wird im geposteten Bild – entgegen der Realität – ausschließlich durch religiös bekleidete Musliminnen und Muslime symbolisiert und negativ bewertet – bis hin zu der von Gudenus getätigten Behauptung, dass „mit so einer Zuwanderung das Niveau in allen Bereichen sinkt.“ Laut Statistik Austria ist die Zuwanderung nach Österreich jedoch sehr vielfältig. Der größte Teil der Einwanderung nach Österreich in den vergangenen zwei Jahrzehnten fand – mit Ausnahme des Jahres 2015 – von Menschen aus europäischen Ländern statt.⁴⁰ Die im Posting abgebildeten Menschen, die alle muslimisch-religiöse Kleidung tragen, sind somit, entgegen der Darstellung der FPÖ, nicht repräsentativ für die Einwanderung nach Österreich. Auch für das behauptete „sinkende Niveau in allen Bereichen“ gibt es keine Belege – so ist beispielsweise laut Statistik Austria der Anteil höherer Bildungsabschlüsse in Österreich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten deutlich angestiegen.⁴¹

8. und 9. August

Die offizielle Facebook-Seite der FPÖ nimmt den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter

⁴⁰ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_mit_dem_ausland_aussenwanderungen/index.html

⁴¹ Siehe:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/020912.html

zum Anlass, um eine E-Card mit einer Frau mit Kopftuch zu posten und darunter eine weitere junge Frau mit Kopftuch zu zeigen, der das Zitat „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt wird.⁴² Auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky postet das Bild und schreibt so wie auch die FPÖ-Seite dazu: „Zehn Jahre verwendete eine Türkin in Tirol die E-Card ihrer Tochter. Der Schaden beträgt etwa 50.000 Euro. Dieser E-Card-Missbrauch wird ab 2020 durch ein Foto auf der Karte abgestellt! Ob sich darauf wirklich jeder freut, ist fraglich... 😬“⁴³

Auch Vizekanzler Heinz-Christian Strache nimmt den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter zum Anlass, um auf Facebook für verpflichtende Fotos auf der E-Card zu werben. Auch er verwendet dabei ein Bild von einer E-Card mit einer Frau mit Kopftuch darauf. Er schreibt dazu in seinem Posting: „Stoppen wir die Ausbeutung unseres Sozialsystems! Zehn Jahre war es einer Türkin in Tirol möglich die E-Card ihrer Tochter zu benutzen. Der Schaden durch diesen Missbrauch beträgt etwa 50.000 Euro! Dieser E-Card-Sozialmissbrauch wird ab 2020 durch ein Foto auf der Karte endlich abgestellt!“⁴⁴

⁴² Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1154374314703836/?type=3&theater>

⁴³ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1780324325419840/?type=3&theater>

⁴⁴ Siehe: <https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.226243068590/10156131650233591/?type=3&theater>



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Postings der FPÖ, des FPÖ Generalsekretärs Harald Vilimsky und von Vizekanzler Heinz-Christian Strache weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Der mutmaßliche Betrugsfall einer Österreicherin mit einer aus der Türkei stammenden Mutter (von denen nicht bekannt ist, ob sie Kopftuch tragen) wird als Aufhänger genommen, um durch Bilder zu suggerieren, dass Frauen mit Kopftuch besonders oft Sozialbetrug begehen würden und man daher in erster Linie wegen ihnen die E-Cards mit Fotos ausstatten müsse. Strache bringt Frauen, die Kopftuch tragen durch das Bild, das er postet, mit der „Ausbeutung unseres Sozialsystems“ in Verbindung. Im Posting der FPÖ-Seite und von Vilimsky wird zusätzlich noch einer jungen Frau mit Kopftuch der Spruch „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt. Dadurch wird die Abstempelung von kopftuchtragenden Frauen als potenzielle Sozialbetrügerinnen noch weiter verstärkt. Laut Sicherheitsbericht 2017 ist Betrug ein Delikt, das in Österreich mehrheitlich von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft und mehrheitlich von Männern begangen wird. Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft waren im Jahr 2017 bei weniger als 3 Prozent der Betrugsdelikte in Österreich tatverdächtig.⁴⁵

12. September

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus postet auf Facebook ein Bild, das zwei unscharfe mit Niqab verhüllte Frauen zeigt (mutmaßlich die gleichen Frauen, die auf den Bildern zu sehen sind, mit denen Gudenus gegen die Einbürgerung von Musliminnen und Muslimen Stimmung macht). Dazu der Spruch: „In Zukunft werden Asylwerber keine Lehre antreten dürfen“. Gudenus schreibt dazu: „Wir halten Wort und greifen durch.“⁴⁶

⁴⁵ Siehe: https://www.bmi.gv.at/508/files/SIB_2017/03_SIB_2017-Kriminalitetsbericht_web.pdf

⁴⁶ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/1934942316559258/?type=3&theater>



The image shows a Facebook post by Johann Gudenus. On the left is a campaign graphic with the FPÖ logo and the text: "Wieder zeigt sich: FPÖ in der Regierung wirkt. In Zukunft werden Asylwerber KEINE Lehre antreten dürfen." Below the text is a thumbs-up icon and the website "fpoe.at". On the right is the Facebook interface showing the post's content, engagement statistics (515 likes, 28 comments, 30 shares), and a list of comments from users like Irene, Markus, Herward, Erich, and Thomas, all discussing the campaign's message about apprenticeship for asylum seekers.

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das Posting von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Die beiden auf dem Bild gezeigten Frauen, die Niqab tragen, stehen in keinerlei Zusammenhang mit dem Thema „Lehre“. Für diese Bildauswahl gibt es keine andere Erklärung als dass Gudenus gezielt versucht, Asylsuchende zu diskreditieren, die eine Lehre machen. Gudenus suggeriert durch die Bildauswahl, dass es sich bei Asylsuchenden, die eine Lehre machen, um Musliminnen und Muslime handeln würde, die ihre Religion radikal leben. Er versucht darüber hinaus in den Köpfen der Menschen ein negativ konnotiertes Bild von Musliminnen (und Muslimen) zu verankern, das nicht repräsentativ für die Musliminnen in Österreich ist.

Ab 9. Oktober

Die von der Regierung geplante Indexierung der Familienbeihilfe wird von einer rassistischen und antimuslimischen Kampagne der FPÖ auf Facebook begleitet, in deren Verlauf insgesamt drei Sujets in Umlauf gebracht werden, die kopftuchtragende Frauen in den Mittelpunkt stellen. Mitgetragen und mitverbreitet wird die Kampagne von Vizekanzler Heinz-Christian Strache, FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky.⁴⁷ Nach scharfer Kritik zieht die FPÖ ein Sujet aus dem Verkehr. Die zwei anderen antimuslimischen Sujets kursieren jedoch nach wie vor auf Facebook und sind bis heute auf den Seiten von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus⁴⁸ und FPÖ-Generalsekretär Harald

⁴⁷ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/stoppen-sie-die-luegen-und-hetzkampagne-herr-vizekanzler>

⁴⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/1967247466662076/?type=3&theater>

Vilimsky abrufbar.^{49 50} Den Startschuss zur Kampagne geben die „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ mit einem Sujet, das eine junge Frau mit dunkler Hautfarbe und Kopftuch zeigt. Das Sujet erweckt den irreführenden Eindruck, ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe würde an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen. Doch die Fakten sehen ganz anders aus: 90 Prozent der Zahlungen für im Ausland lebende Kinder betreffen die Länder Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien, Slowenien und Tschechien.⁵¹ Für Kinder, die in Drittstaaten, also außerhalb des EU/EWR-Raums, leben, wird schon seit längerem überhaupt keine Familienbeihilfe gezahlt.⁵²

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus unterstützt die Kampagne, indem er am 10. Oktober ein Bild postet, auf dem eine Frau mit Kopftuch mit der Kürzung der Familienbeihilfe in Verbindung gebracht wird. Gudenus schreibt dazu: „Die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder wird in Zukunft dem Lebensstandard des jeweiligen Landes angepasst. Dadurch will die Bundesregierung 114 Millionen Euro einsparen. Ein Schritt in die richtige Richtung: Unser Geld für unsere Kinder!“ Das Bild ist trotz Kritik noch immer online.⁵³ FPÖ-

⁴⁹ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.548516735267278/1872156382903300/?type=3&theater>

⁵⁰ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1866951863423752/?type=3&theater>

⁵¹ Siehe: https://diepresse.com/home/innenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfacht

⁵² Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101117_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei

⁵³ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/1967247466662076/?type=3&theater>

Generalsekretär Harald Vilimsky postet das gleiche Bild und den gleichen Text wie Gudenus. Auch das von ihm gepostete Bild ist noch immer online.⁵⁴



Vizekanzler Heinz-Christian Strache steigt am 13. Oktober in die antimuslimische FPÖ-Kampagne ein und postet ein Bild, auf dem zwei Frauen mit Kopftuch zu sehen sind, die er mit der Kürzung der Familienbeihilfe in Verbindung bringt. Das Bild ist auf der privaten Facebook-Seite von Strache und auf seiner offiziellen Fan-Seite einige Wochen online, bevor er es nach scharfer öffentlicher Kritik löscht. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky postet einen Tag später das gleiche Bild wie Strache. Es ist noch immer online.⁵⁵

⁵⁴ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1866951863423752/?type=3&theater>

⁵⁵ Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.548516735267278/1872156382903300/?type=3&theater>



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die FPÖ-Kampagne unter Beteiligung der FPÖ-Parteiführung kann als klarer Fall von Rassismus und antimuslimischer Hetze klassifiziert werden. Es bestand keinerlei sachbezogene Veranlassung, Frauen mit Kopftuch, die nicht repräsentativ für die Betroffenen der Indexierung der Familienbeihilfe sind, in den Mittelpunkt der Kampagne zu stellen. Als einzige Motivation, das zu tun, kommt die gezielte negative Stimmungsmache gegen dunkelhäutige bzw. muslimische Personen in Frage. Erst nach einer Welle der Kritik erfolgte eine teilweise Distanzierung von der Kampagne. Bis heute sind jedoch einige der Kampagnensujets auf den Facebook-Seiten namhafter FPÖ-Politiker online.

20. Oktober

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus kritisiert auf Facebook die Entfernung von Namen auf Türschildern, weil damit „verschleiert werde“, dass „immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen“.⁵⁶ Mittels einer Presseaussendung erhebt Gudenus den Vorwurf der „Vertuschung des Zuwandereranteil aus dem islamischen und außereuropäischen Raum“.⁵⁷

⁵⁶ Siehe:

[https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1979514278768728?_xts__\[0\]=68.ARAXguPSFwKY5xSPrh8GdF GY_TkN5fo2wJi7p1qIhRQW_I9aGziEbdx3gm0s89TqL03QQC-IHGhTxwEHVeXV17ov-jwySqpe9oYIVNrcds76wv-CvNAYKqVEECRpV824njrsDGsEAbl7Er0-C1ZtLzVm_mw2XOJTvy-XLL9FRJzUCEcKff292w6O8E225F6nMZkVK50ki1MfBHHiaxXJ2aGkeDhSx7GtaySTfTQ1vS62zBbjvyGxJFmD4J6AMe5XU1-w8HCDcYE-uOGOE_Cfm9p9pQjHieI9m3-zb2cgTea5fol4UmMg5mZXDqR_MPOWiWGILNXD-qucUYJe56wMhWsXLg&_tn_=-R](https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1979514278768728?_xts__[0]=68.ARAXguPSFwKY5xSPrh8GdF GY_TkN5fo2wJi7p1qIhRQW_I9aGziEbdx3gm0s89TqL03QQC-IHGhTxwEHVeXV17ov-jwySqpe9oYIVNrcds76wv-CvNAYKqVEECRpV824njrsDGsEAbl7Er0-C1ZtLzVm_mw2XOJTvy-XLL9FRJzUCEcKff292w6O8E225F6nMZkVK50ki1MfBHHiaxXJ2aGkeDhSx7GtaySTfTQ1vS62zBbjvyGxJFmD4J6AMe5XU1-w8HCDcYE-uOGOE_Cfm9p9pQjHieI9m3-zb2cgTea5fol4UmMg5mZXDqR_MPOWiWGILNXD-qucUYJe56wMhWsXLg&_tn_=-R)

⁵⁷ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181019_OTS0006/gudenus-wiener-spoee-will-zuwandereranteil-aus-islamischen-und-aussereuropaeischen-raum-in-gemeindebauten-vertuschen



Johann Gudenus 20. Oktober

Wieso entfernt das rote Wien die Namen bei den Türschildern, obwohl es nicht dazu verpflichtet ist?
Soll damit die Tatsache verschleiert werden, dass immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen?

TOP 1 **TOP 2**
TOP 3 **TOP 4**
TOP 5 **TOP 6**
TOP 7 **TOP 8**
TOP 9 **TOP 10**

KLEINE ZEITUNG

KLEINEZEITUNG.AT
Wirbel um DSGVO: Gudenus: Türschilder sollen Ausländernamen "vertuschen" Mehr dazu

1.284 313 Kommentare 739 Mal geteilt

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Aussagen von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus können als klarer Fall von antimuslimischem Rassismus klassifiziert werden. Gudenus skandalisiert, dass „muslimische Ausländer“ Gemeindewohnungen erhalten und stellt die Vermutung auf, dass die Stadt Wien diesen Umstand „verschleiern“ wolle. Gudenus geht es somit ausdrücklich nicht (nur) um die Staatsangehörigkeit der Menschen, die Gemeindewohnungen erhalten, sondern auch und insbesondere um ihre Religionszugehörigkeit. Gudenus spricht „muslimischen Ausländern“ (und nur diesen) das Recht ab, Gemeindewohnungen zu erhalten. Gudenus bereitet mit seinen Aussagen den Boden für eine weitere Eskalation des antimuslimischen Rassismus – diese Eskalation folgt wenige Tage später durch die von der FPÖ Wien erhobene Forderung nach generellem Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau (siehe weiter unten).

30. Oktober

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus wiederholt auf Facebook seine antimuslimisch-rassistische Kampagne von Mai 2018, in der er die Einbürgerung von Musliminnen und Muslimen skandalisiert.⁵⁸

⁵⁸ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/1993863384000484/?type=3&theater>



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Skandalisierung der Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime durch FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Gudenus spricht Musliminnen und Muslimen das Recht ab, vollwertige Bürgerinnen und Bürger in Österreich zu sein. Implizit fordert Gudenus die Entrechtung von Musliminnen und Muslimen, indem keine Staatsbürgerschaften mehr an sie verliehen werden sollen. Darüber hinaus bedient sich Gudenus auf Facebook einer perfiden Methode, um die Staatsbürgerschaftsverleihung an Musliminnen und Muslime zu diskreditieren: Er postet ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für die Musliminnen und Muslime in Österreich. Frauen, die ihr gesamtes Gesicht bedecken und nur die Augen frei lassen, waren in Österreich bereits vor dem Gesichtsverhüllungsverbot eine verschwindend kleine Minderheit.

13. November

Die FPÖ bringt über ihre offizielle Facebook-Seite ein antitürkisches und antimuslimisches Video zur E-Card in Umlauf. Sozialministerin Beate Hartinger-Klein tritt in dem Video, in dem einem „Ali“ unterstellt wird, er würde die E-Card von „Mustafa“ betrügerisch benutzen, auf.⁵⁹ Erst nach heftiger Kritik wird das Video gelöscht.⁶⁰

⁵⁹ Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

⁶⁰ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/aktuelle-hasskampagne-fuehrt-gipfel-gegen-hass-ad-absurdum>



Auch FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus verbreitet das Video auf Facebook:



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das durch die FPÖ und FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus verbreitete und unter Mitwirkung von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein gestaltete Video ist ein klarer Fall von Rassismus und antimuslimischer Hetze. Türken bzw. Muslime werden in herabwürdigender Weise dargestellt und kollektiv als prototypische Sozialbetrüger abgestempelt. Durch das Timing der Veröffentlichung des

Videos – es wird genau an dem Tag in Umlauf gebracht, an dem ein Regierungsgipfel gegen „Hass im Netz“ stattfindet – erregt das Video den Unmut von Teilen der Bundesregierung. Es wird nach heftiger Kritik gelöscht. Auch die Postings verschwinden. Eine Entschuldigung für das Video erfolgte jedoch nicht, lediglich das Versprechen des Vizekanzlers, künftig mehr auf „Qualitätsmanagement“ zu achten.⁶¹ Die Neos erstatten Anzeige gegen das Video wegen des Verdachts der Verhetzung.⁶²

13. November

FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus bestärkt auf Facebook noch einmal seine Kampagne, in der er die Einbürgerung von Musliminnen und Muslimen skandalisiert.⁶³



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Skandalisierung der Verleihung von Staatsbürgerschaften an Musliminnen und Muslime durch FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Gudenus spricht Musliminnen und Muslimen das Recht ab, vollwertige Bürgerinnen und Bürger in Österreich zu sein. Implizit fordert Gudenus in der Kampagne die Entrechtung von Musliminnen und Muslimen, indem keine Staatsbürgerschaften mehr an sie verliehen werden sollen.

13. und 14. November

Die FPÖ Wien und drei Wiener FPÖ-Politiker, der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp, der Landtagsabgeordnete Michael Eischer und der Bezirksklubobmann Klemens Resch, fordern in Presseaussendungen den Ausschluss von Musliminnen und

⁶¹ Siehe: <https://derstandard.at/2000091323865/Strache-verspricht-kuenftig-Qualitaetsmanagement>

⁶² Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

⁶³ Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.514362691950568/2014406405279515/?type=3&theater>

Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau. Konkret schreibt die FPÖ Wien in der Aussendung am 13. November: „FPÖ-Döbling fordert: Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!“. Eischer wird mit den Worten zitiert: „Die Beschwerden österreichischer Gemeindebaubewohner über Probleme mit muslimischen Nachbarn, von denen ein nicht unerheblicher Teil fundamentalen Werten folgen, häufen sich. Die SPÖ ist gefordert, dieser Entwicklung endlich einen Riegel vorzuschieben!“. Resch wird mit den Worten zitiert: „Nun versucht man Wähler anzusiedeln, indem man Gemeindewohnungen bevorzugt an muslimische Migranten vergibt. Das einzig verbliebene Wählerklientel der SPÖ. Die FPÖ-Döbling wird sich weiterhin um die Döblingler kümmern und nimmt sich jenen Problemen an, welche muslimische Migranten in die Siedlungen gebracht haben.“ Eischer und Resch werden darüber hinaus mit den Worten zitiert: „Die Devise muss lauten: Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!“⁶⁴



FP-Eischer/Resch: SPÖ steuert Zuwanderung gezielt nach Döbling!

FPÖ-Döbling fordert: Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!

Wien (OTS) - Wie den aktuellen Daten von wien1x1.at zu entnehmen ist, haben Döblings Gemeindebauten mit einem zunehmenden Ausländer-Anteil zu kämpfen. Besonders dramatisch ist die Lage im berühmten Karl-Marx-Hof: Bereits über 50% (!) der Bewohner sind nicht in Österreich geboren. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund im Karl-Marx-Hof und anderen Gemeindebauten in Döbling liegt dementsprechend noch weit höher.

„Die Willkommenspolitik der rot-grünen Stadtregierung hat auch auf Döbling Auswirkungen. Die Beschwerden österreichischer Gemeindebaubewohner über Probleme mit muslimischen Nachbarn, von denen ein nicht unerheblicher Teil, fundamentalen Werten folgen, häufen sich. Die SPÖ ist gefordert, dieser Entwicklung endlich einen Riegel vorzuschieben!“ so der aus Döbling stammende Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordnete Michael Eischer.

Der Zuwachs von Migranten in Döblings Gemeindebauten ist laut dem Döblingler FPÖ-Klubobmann Klemens Resch kein Zufall: „Die SPÖ kümmert sich schon seit Jahren nicht mehr um die Döblingler. Nun versucht man Wähler anzusiedeln, indem man Gemeindewohnungen bevorzugt an muslimische Migranten vergibt. Das einzig verbliebene Wählerklientel der SPÖ.“ Die FPÖ-Döbling wird sich weiterhin um die Döblingler kümmern und nimmt sich jenen Problemen an, welche muslimische Migranten in die Siedlungen gebracht haben. „Die Devise muss lauten: Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!“, so Eischer und Resch abschließend. (Schluss) akra

⁶⁴ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181113_OTS0187/fp-eischerresch-spoe-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling

Die FPÖ Wien und der ressortlose Wiener FPÖ-Bürgermeister Dominik Nepp legen am 14. November nach und fordern in einer Presseaussendung erneut den Ausschluss von MuslimInnen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau. Nepp wird in der Aussendung mit folgenden Worten zitiert: „Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen, in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind.“⁶⁵



Nepp: Migrantanteil in Wiens Gemeindebauten erschreckend hoch

Stadtregierung macht Wien auch weiterhin zum Zuwanderungsmagneten

Wien (OTS) - „Die unkontrollierte Willkommenspolitik von Rot/Grün spiegelt sich bei der Zusammensetzung der Bewohner von städtischen Gemeindebauten wider“, bedauert Vizebürgermeister Dominik Nepp. Demnach ist der Migrantanteil in städtischen Wohnungen enorm hoch, was zu unzähligen Problemen führt.

„Beschwerden österreichischer Gemeindebaubewohner häufen sich, da sich das Nachbarschaftsleben mit manchen Zuwanderergruppen zuweilen als schwierig erweist“, bringt der Freiheitliche die Problematik auf den Punkt.

Warum die rot-grüne Stadtregierung Zuwanderern aus aller Welt weiterhin Tür und Tor öffnet ist für Nepp schnell erklärt. „Die Rathauskoalition, allen voran die SPÖ, will mit ihrer verfehlten Zuwanderungspolitik neue Wähler ansiedeln. Die Folgen haben nun Wiens Steuerzahler zu tragen, während Rot/Grün weiterhin die Augen vor der Realität verschließt“, fasst Nepp zusammen. Einzig die Wiener FPÖ hat den Ernst der Lage erkannt – die Bedürfnisse österreichischer Gemeindebaubewohner kommen für die Freiheitlichen an erster Stelle. „Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen, in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind“, so Nepp abschließend. (Schluss) akra

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Forderung der FPÖ Wien und der FPÖ-Politiker Michael Eischer und Klemens Resch nach generellem Ausschluss von Musliminnen und Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus und Diskriminierung. SOS Mitmensch hat aufgrund der Aussendung der FPÖ Wien und der Aussagen der beiden Politiker Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen des Verdachts der Verhetzung und der NS-Wiederbetätigung eingereicht.⁶⁶ Die Aussagen der FPÖ sind diskriminierend und implizieren, dass es generell nicht zumutbar sei, neben Musliminnen und Muslimen zu wohnen. Damit wird eine durch das Kriterium der Religion definierte Gruppe pauschal herabgewürdigt und implizit als aussätzig und nachbarschaftsunwürdig beschimpft. Die Absicht, Muslime herabzusetzen und in ihrer

⁶⁵ Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181114_OTS0104/nepp-migrantanteil-in-wiens-gemeindebauten-erschreckend-hoch

⁶⁶ Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/fp-wien-fordert-teilweise-wiederaufleben-von-1938>

Menschenwürde zu verletzen, ist klar erkennbar. Darüber hinaus entsprechen die Aussagen und die damit einhergehende Forderung einem Teilbereich der rassistischen Politik der Nationalsozialisten zu Beginn ihrer Machtergreifung, als Menschen aufgrund ihrer Religions- bzw. Rassenzuordnung vom Gemeindebau ausgeschlossen und teilweise auch gekündigt wurden.⁶⁷

⁶⁷ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich im Jahr 1938 wurde Juden in Wien auf Grundlage der „Rassengesetze“ der Zugang zum Gemeindebau aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verwehrt. Darüber hinaus wurden über 2.000 Kündigungsverfahren gegen jüdische Mieterinnen und Mieter in Gemeindebauten eingeleitet, wie Herbert Exenberger, Johann Koß und Brigitte Ungar-Klein im Jahr 1996 in ihrer Recherche zu den Auswirkungen der Machtübernahme der Nazis auf die Wohnungspolitik in Wien festgehalten haben (siehe das Buch: Herbert Exenberger, Johann Koß, Brigitte Ungar-Klein, "Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938/39", Picus Verlag). Die Historikerin Mag. Susanne Kowarc schreibt 1998 in einem Beitrag für das Bezirksmuseum Alsergrund: „Spätestens die Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 machen klar, dass die Nazis ihre Ideologie von der ‚Reinerhaltung der deutschen Rasse‘ mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wahr machen würden. Ein wichtiger Schritt in der Gewaltspirale, die schließlich im millionenfachen Massenmord in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern enden sollte, war die systematische Desintegration zunächst deutscher und dann – ab März 1938 – auch österreichischer Jüdinnen und Juden. Immer mehr wurde ihnen genommen, immer weniger gab man ihnen... In den Jahren 1938 und 1939 wurden allein in Wien über 2.000 Kündigungsverfahren gegen jüdische Gemeindebaummieter eingeleitet...“ Und Kowarc schreibt weiter: „Hausverwaltungen und -besitzer wurden angewiesen, die jüdischen Mieter den zuständigen Wohnungsreferenten der jeweiligen Kreisleitung zu melden. Im Wohnungsamt wurden diese Erfassungslisten dann weiter bearbeitet. Jüdische Mieter erhielten einen Kündigungsbescheid, Grund für die Aufkündigung war keiner angegeben, da die Wiener Gemeindebauten erst nach 1917 erbaut wurden und somit nicht dem Mieterschutz unterlagen. Lediglich auf einem Formblatt, das bei der Behörde blieb, wurde der Kündigungsgrund angegeben: Jude, Volljude, "Nichtarier", usw... Der Kündigungsgegner, also der gekündigte Mieter, konnte Einwendungen erheben oder die Kündigung zur Kenntnis nehmen. Wurden keine Einwendungen erhoben, war die Delogierung rechtskräftig. Doch auch Einwendungen brachten letztlich nichts, da die allermeisten negativ für den betroffenen Mieter endeten. Lediglich ein kurzer Räumungsaufschub wurde mitunter gewährt. Bis September 1938 waren beinahe 2.000 Kündigungen in die Wege geleitet worden.“ Und Kowarc weiter: „Wie gering die ethischen Bedenken waren, zeigt auch ein unter dem Titel "Die Juden müssen raus! Hausbesitzer wünschen Freikündbarkeit" veröffentlichter Artikel in der "Kleinen Volkszeitung" vom 8. August 1938: "Es könne nach Treu und Glauben unter den veränderten Zeitanschauungen weder "arischen" Vermietern noch "arischen" Mitbewohnern eines Hauses zugemutet werden, noch länger gemeinsam mit jüdischen Mietern unter einem Dach, das heißt in einer Hausgemeinschaft zu wohnen. Dabei wird auf ein in diesen Tagen vom Amtsgericht Nürnberg gesprochenes Urteil verwiesen, das schon unter Anwendung des jetzigen Rechts eine jüdische Familie zur Räumung ihrer Wohnung in einem deutschen Haus verurteilte. Der Vermieter war hier ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen. In der Urteilsbegründung wird erklärt, daß die Mieter als Juden nicht Hausgenossen seien." Eine Flut von Briefen erreichte die städtische Wohnhäuserverwaltung, die Magistratsabteilung 21, Schreiben, in denen oft anonyme Verfasser ihren Unmut über jüdische Parteien bekundeten. Solches Denunziantentum war - wie die Menge der diesbezüglichen Post zeigt - offenbar weit verbreitet.“ Die Aussagen, die von der FPÖ Wien getätigt wurden, erwecken den Eindruck, als wollten sie eine rassistische Wohnpolitik ähnlich der der Nationalsozialisten wieder aufleben lassen, die die Ausgrenzung und Entrechtung von Menschen alleine aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit vorsieht, diesmal gegen Muslime gerichtet. Die FPÖ Wien versucht die geforderte rassistische Wohnpolitik auch ähnlich zu rechtfertigen, wie es die Historikerin Kowarc in ihren Ausführungen über den Nationalsozialismus in Wien beschreibt. Die Nazis vertraten die Ansicht, dass es „weder "arischen" Vermietern noch "arischen" Mitbewohnern eines Hauses zugemutet werden könne, noch länger gemeinsam mit jüdischen Mietern unter einem Dach, das heißt in einer Hausgemeinschaft zu wohnen.“ Die FPÖ Wien nennt in ähnlicher Manier „Probleme mit muslimischen Nachbarn“ und „Beschwerden österreichischer Gemeindebaubewohner“ als Rechtfertigung, um den generellen Ausschluss von Muslimen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau zu fordern. Prof. Heinz Mayer hat im Jahr 2005 in einem Gutachten zur österreichischen Spruchpraxis zum Verbotsgesetz festgehalten, dass der OGH eine Handlung dann als Wiederbetätigung auffasst, wenn diese in propagandistisch vorteilhafter Art „einzelne für den Nationalsozialismus typische Ideen zum Ausdruck bringt“. Nach Auffassung des OGH ist es dazu „nicht erforderlich, dass die Ideologie des Nationalsozialismus in ihrer Gesamtheit bejaht wird“. Siehe: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/J/J_02813/fnameorig_037755.html

21. November

Die FPÖ Favoriten bezeichnet in einem Bild auf Facebook die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastikschilder ausgestattet sind, als „muslimische Zeltstadt“ und stellt diese „muslimische Zeltstadt“ den „würdigen und traditionellen Holzhütten“ gegenüber.⁶⁸ Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitet das antimuslimisch konnotierte Bild auf Facebook.⁶⁹

The image shows a Facebook post by HC Strache. The post features two side-by-side photographs of a Christmas market in Favoriten, Vienna. The left photo, titled 'Jahr 2017: Muslimische Zeltstadt', shows a street lined with white plastic tents. The right photo, titled 'Jahr 2018: Weihnachtliche Holzhütten', shows a street lined with traditional wooden huts. Below the photos is a blue banner with white text: 'FPÖ-Protest zahlte sich aus: Heuer wieder würdige und traditionelle Holzhütten in Favoriten!'. To the right of the banner is the FPÖ logo and the text 'DIE SOZIALE HEIMATPARTEI BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN'. The Facebook post itself is from 'HC Strache' and contains the text: 'Die FPÖ-Proteste waren erfolgreich! 🙌 Nachdem es im Vorjahr auf der Favoritenstraße einfache Zelte aus Plastik gab... Wir haben uns dafür stark gemacht und durchgesetzt, dass die Favoritenstraße endlich wieder WEIHNACHTLICH gestaltet wird!'. The post has 4,021 likes, 183 comments, and 440 shares. Several comments are visible, including one from Melli asking about anti-hate controlling, Bernd asking about stall fees, Gabriela expressing disappointment, Stefan mentioning the 'Muslimische Zeltstadt' sign, and Mario stating that things in 'our' culture are now considered success.

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das Posting von Vizekanzler Heinz-Christian Strache weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Die Unzufriedenheit mit Weihnachtsständen, die mit Plastik überzogen sind, wird für antimuslimische Stimmungsmache genutzt. Den als negativ wahrgenommenen Ständen wird ohne jegliche Sachgrundlage ein „muslimischer Stempel“ aufgedrückt.⁷⁰

⁶⁸ Siehe:

<https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

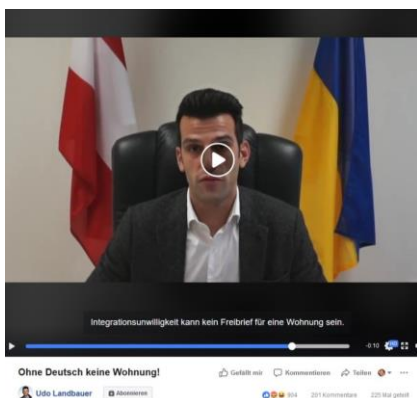
⁶⁹ Siehe:

<https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>

⁷⁰ Siehe: <https://www.sosmitmensch.at/kein-schweigen-zu-antimuslimischer-kampagne-der-fpoe>

27. November

Der niederösterreichische FPÖ-Klubobmanns Udo Landbauer verbreitet auf Facebook ein Video „für eine vernünftige Wohnpolitik“. Im Video ist er selbst sprechend zu sehen. Ansonsten besteht das Video aus teilweise verschwommenen Bildern von Frauen mit Kopftuch, die in einem Haus umhergehen und miteinander reden, ohne dass man sie hören kann. Während das Video großteils in Farbe ist, sind die Frauen meist nur in Schwarz-Weiß-Aufnahmen oder verschwommen zu sehen.⁷¹



Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Das vom niederösterreichischen FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer in Umlauf gebrachte Video ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Musliminnen, die Kopftuch tragen, werden im Video in

⁷¹ Siehe:

<https://www.facebook.com/udolandbauer/videos/vb.494195290313/520953801720406/?type=2&theater>

negativ stigmatisierender Weise als unscharf oder schwarz-weiß abgebildete Fremdwesen dargestellt. Es wird suggeriert, dass man mit Frauen, die Kopftuch tragen, nicht kommunizieren könne. Das Video schürt Vorurteile, stempelt Frauen mit Kopftuch ab und schafft eine extreme – an entmenschlichende Sündenbockdarstellungen erinnernde – Distanz zu den dargestellten Personen.

3. Dezember

In einer Presseaussendung der FPÖ Wien zieht FPÖ-Politiker Johann Gudenus über „Sozialmigranten“ und „Muslime“ her. Konkret schreibt die FPÖ Wien: „Gudenus mutmaßt, dass die Wiener SPÖ ihren Blick ausschließlich auf die Vorteile ihrer größten Wählergruppe richtet, nämlich jene der integrationsverweigernden Migranten.“ Gudenus wird mit den Worten zitiert: „Das rot-grüne Wien versucht immer mehr Sozialmigranten und somit Muslime in die Stadt zu locken und möchte diese weiterhin mit Geld überhäufen.“⁷²



Gudenus: SP-Hacker kündigt Verfassungsbruch an!

Mindestsicherung Neu hilft Alleinerziehenden und Behinderten

Wien (OTS) - In der gestrigen ORF-Sendung „Im Zentrum“ hat der Wiener Sozialstadtrat Hacker von der SPÖ damit aufhorchen lassen, dass er Teile des Grundsatzgesetzes zur Mindestsicherung Neu in Wien nicht umsetzen werde.

„Die Weigerung der Umsetzung ist nicht nur ein Affront gegenüber allen Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderung in Wien, sie ist auch die offene Ankündigung eines Rechtsbruchs“, ärgert sich der gf. FPÖ-Klubobmann im Parlament und gf. Wiener Landesparteiobmann, Mag. Johann Gudenus.

Bekanntlich sorgt die durch die Bundesregierung präsentierte Mindestsicherung Neu für mehr Fairness für Österreicher, bringt einen finanziellen Bonus für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung und stoppt die Zuwanderung in das Sozialsystem.

„Ein neues System, von dem vor allem die Wienerinnen und Wiener profitieren können. Endlich wieder mehr Gerechtigkeit für Österreicher und jene Zuwanderer, welche sich integriert haben. Dass sich hier ausgerechnet der Wiener Sozialstadtrat querlegt und Verbesserungen für Österreicher verhindern will, ist ein Schlag ins Gesicht der eigenen Bevölkerung“, kritisiert Gudenus.

Gudenus mutmaßt, dass die Wiener SPÖ ihren Blick ausschließlich auf die Vorteile ihrer größten Wählergruppe richtet, nämlich jene der integrationsverweigernden Migranten. „Das rot-grüne Wien versucht immer mehr Sozialmigranten und somit Muslime in die Stadt zu locken und möchte diese weiterhin mit Geld überhäufen. Die Bundesregierung achtet darauf, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird. Sozialstadtrat Hacker soll sich endlich um die Interessen der Wienerinnen und Wiener kümmern und nicht als ‚Stadtrat für Integrationsverweigerer‘ agieren.“

Abschließend erinnert Gudenus daran, dass die rot-grüne Stadtpolitik die Wienerinnen und Wiener mit immer höher werdenden Gebühren belastet: „Sei es Müll, Wasser, Strom oder Parkgebühren. Überall versucht die Stadt immer mehr abzukassieren und verwendet dieses Geld für die unsägliche Willkommenskultur!“ (Schluss) akra

Klassifizierung als antimuslimischer Rassismus: Die Aussagen von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, in denen er Menschen alleine aufgrund des Kriteriums der

⁷² Siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181203_OTS0200/gudenus-sp-hacker-kuendigt-verfassungsbruch-an

Religionszugehörigkeit kollektiv negativ abstempelt, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus. Gudenus setzt Musliminnen und Muslime kollektiv mit „integrationsverweigernden Migranten“ gleich. Darüber hinaus erklärt er „Sozialmigranten“ und „Musliminnen und Muslimen“ zu einem deckungsgleichen Personenkreis.

Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen

Im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch werden 20 antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen, die im Jahr 2018 in der Sphäre der österreichischen Spitzenpolitik stattgefunden haben, dokumentiert und analysiert. Die Vorfälle betreffen zwei hochrangige Mitglieder der Bundesregierung (Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein), ein hochrangiges Mitglied einer Landesregierung (Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner), einen Klubobmann des Parlaments (Johann Gudenus), einen Parteigeneralsekretär (Harald Vilimsky) sowie Parlaments- und Landtagsabgeordnete und Parteiorganisationen. Die Vorfälle umfassen die Beteiligung an Kampagnen bzw. die Verbreitung von Kampagnen, die das Schüren von Vorurteilen sowie die Herabwürdigung, Abstempelung und Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen umfassen. Als höchste politische Eskalationsstufe wurden Forderungen nach Ausschluss und Diskriminierung von Menschen alleine aufgrund des Kriteriums der (muslimischen) Religionszugehörigkeit erhoben.

Für keine einzige der involvierten Politikerinnen und Politiker hatten die antimuslimisch-rassistischen Kampagnen und Vorfälle negative Konsequenzen. Niemand musste zurücktreten. Niemand wurde aus einer Partei ausgeschlossen. Niemand wurde persönlich von der Bundesregierung oder von Landesregierungen kritisiert. Nur einige wenige der antimuslimisch-rassistischen Aussagen und Bilder, die verbreitet wurden, wurden im Nachhinein gelöscht.

Alle hier dokumentierten antimuslimisch-rassistischen Vorfälle betrafen im Jahr 2018 Personen und Organisationen, die der Freiheitlichen Partei Österreichs angehören. Das heißt nicht, dass es nicht auch antimuslimischen Rassismus in anderen Parteien gibt, aber derzeit macht keine andere Partei derart zielgerichtete, konzertierte und in der Spitzenpolitik verankerte antimuslimisch-rassistische Kampagnen wie die FPÖ. Die FPÖ und namhafte Vertreterinnen und Vertreter der Partei arbeiten systematisch daran, gegen Musliminnen und Muslime gerichteten Rassismus in Österreich salonfähig zu machen.

Die hier dokumentierten und analysierten Fälle sind nur die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs. In den vorliegenden Bericht sind ausschließlich Vorfälle aus der österreichischen Spitzenpolitik eingeflossen. Darüber hinaus sind ausschließlich Fälle mit einer klar erkennbaren antimuslimisch-rassistischen Tendenz in den Bericht aufgenommen worden. Es gibt darüber hinaus jedoch zahlreiche weitere Fälle, die nicht ganz so eindeutig sind, bei denen aber der Verdacht naheliegt, dass sie ebenfalls das Ziel der antimuslimischen Stimmungsmache verfolgen.

Besonders besorgniserregend ist, dass in Österreich von Seiten der verantwortlichen Spitzenpolitik bislang klare Handlungen und Signale zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus weitgehend unterblieben sind. Dabei ist antimuslimischer Rassismus – so wie andere Formen des Rassismus auch – ein gesellschaftszerstörendes Phänomen. In einer Gesellschaft, die auf Demokratie und Menschenrechten fußt, muss antimuslimischer Rassismus geächtet und bekämpft werden. Bei dieser Aufgabe kommt den politischen Institutionen und gewählten Politikerinnen und Politikern eine besondere Verantwortung zu, die bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde.

Daher fordert SOS Mitmensch:

- Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus in der Politik muss Chef- und Chefinnen-Sache werden! Alle Vorsitzenden der im Parlament und in den Landtagen vertretenen Parteien müssen ein klares Bekenntnis abgeben, dass Musliminnen und Muslime – genauso wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionsbekenntnis – ein wichtiger Bestandteil Österreichs sind und dass antimuslimischer Rassismus ebenso wie andere Formen des Rassismus klar abzulehnen sind.
- Forderungen nach Ausgrenzung oder Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen müssen von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf zurückgewiesen werden.
- Kampagnen, die kollektiv gegen Musliminnen und Muslime aufwiegeln und hetzen, müssen von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politikerinnen und Politikern scharf verurteilt werden.
- Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit, müssen von allen politischen Akteurinnen und Akteuren als Grundwerte unserer Demokratie anerkannt werden.
- Diese antirassistischen Grundwerte müssen auch in Bildungsprogramme für junge Menschen und Bewusstseinskampagnen für Erwachsene einfließen.

Wir brauchen in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber zerstörerischen Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien wieder salonfähig zu machen.

Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Österreich braucht eine breite, starke und von oben unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.

Weitere Informationen: www.sosmitmensch.at